

## Protokoll 133. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 11. Juli 2012, 17.00 Uhr bis 18.58 Uhr, im Rathaus

---

Vorsitz: Präsident Albert Leiser (FDP)

Beschlussprotokoll: Sekretär Christian Aeschbach (FDP)

Anwesend: 121 Mitglieder

Abwesend: Roger Bartholdi (SVP), Irene Bernhard (GLP), Markus Kunz (Grüne), Lucia Tozzi (SP)

---

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- |    |                          |   |     |
|----|--------------------------|---|-----|
| 1. |                          | Mitteilungen  |     |
| 2. | <a href="#">2012/266</a> | * Weisung vom 27.06.2012:<br>Theaterförderung, Rahmenkredit   | STP |
| 3. | <a href="#">2012/265</a> | * Motion von Mauro Tuena (SVP) und Roland Scheck (SVP) vom<br>25.06.2012:<br>Liegenschaft an der Limmattalstrasse 123, Auflösung des<br>Schenkungsversprechens  | FV  |
|    |                          | E   |     |
| 4. | <a href="#">2012/269</a> | * Postulat von Roger Bartholdi (SVP) und Margrit Haller (SVP)<br>vom 27.06.2012:<br>Strichplatz Altstetten, Verhinderung der Prostitution in den um-<br>liegenden Quartieren  | PV  |
|    |                          | E   |     |
| 5. | <a href="#">2012/37</a>  | Weisung vom 01.02.2012:<br>Dringliche Motion von Jacqueline Badran (SP) und Dr. André<br>Odermatt (SP) betreffend Anpassung von Baurechtsverträgen<br>mit gemeinnützigen Baurechtsträgern, Änderung eines<br>Gemeinderatsbeschlusses, Abschreibung der Motion | FV  |
| 6. | <a href="#">2012/206</a> | Weisung vom 23.05.2012:<br>Zusatzkredite I. Serie 2012  | STR |

\* Keine materielle Behandlung

## Mitteilungen

### 2922. 2012/276

#### Ratsmitglied Catherine Rutherford (AL); Rücktritt

Der Ratspräsident gibt den Rücktritt von Catherine Rutherford (AL 11) auf den 11. Juli 2012 bekannt und würdigt ihre Amtstätigkeit.

### 2923. 2012/248

#### Postulat von Tamara Lauber (FDP) und Roger Tognella (FDP) vom 13.06.2012: Zugeteilte Asylsuchende der Stadt Zürich, Ausrichtung von Nothilfe statt Sozialhilfe

Alan David Sangines (SP) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese.

Der Rat wird über den Antrag am 22. August 2012 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

An der nachfolgenden Fraktionserklärung werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

### 2924. 2012/290

#### Erklärung der GLP-Fraktion vom 11.07.2012: Revision der Bau- und Zonenordnung (BZO), Beitrag der GLP-Fraktion

Namens der GLP-Fraktion verliest Gian von Planta (GLP) folgende Fraktionserklärung:

Revision der Bau- und Zonenordnung nach den Ansprüchen der glp: gerecht – dicht – gewerbefreundlich – ökologisch – sozial

Vor dem Hintergrund der anstehenden Revision der Bau- und Zonenordnung (BZO), möchte die glp durch eine Anzahl konkreter Vorstösse ihren Beitrag zur Gestaltung der zu überarbeitenden BZO der Stadt Zürich leisten.

Mit den heute eingereichten Vorstössen will die glp eine sozialverträgliche, gewerbefreundliche und energiesparende Verdichtung im städtebaulichen Kontext angehen. In Ergänzung zur bereits eingereichten Motion für Hochhauszonen, sehen die Grünliberalen in der Stadt Zürich Potential für eine gezielte Nachverdichtung, welche den Ansprüchen der 2000-Watt-Gesellschaft und dem angestrebten 33% Anteil an gemeinnützigen Wohnungen genüge tut.

Mit fortschreitendem Bevölkerungswachstum müssen wir mit dem knappen Gut Bauland besonders haushalterisch umgehen. Zweigeschossige Bauzonen sind mit einer ökologisch verträglichen Bodennutzung nicht mehr vereinbar. Sie sind daher in der BZO aufzuheben. Die dreigeschossige Zone wird inskünftig diejenige mit der geringsten Dichte sein.

Nebst Wohnraumbedarf darf auch die Quartiersversorgung nicht nur am Rand behandelt werden. In den Wohnzonen, sollen in den Gebäuden entlang von Strassen und Plätzen im Erdgeschoss gewerbliche quartierbezogene Nutzungen gefördert werden. Die Grünliberalen möchten einen Anreiz zu einer gezielten Belegung der Quartiere schaffen, indem 50% der EG Nutzung nicht in die Berechnung der erlaubten Geschossflächen eingerechnet werden müssen.

Damit die angestrebte Nachverdichtung unter Berücksichtigung ökologischer Kriterien erfolgt, fordern die Grünliberalen, dass die Ausnützungsziffer um 5 Prozentpunkte erhöht werden soll, sofern die entsprechenden Gebäude gemäss dem Standard von Plusenergiebauten gebaut werden. Dieser Standard wird notwendig sein, wenn wir die 2000 Watt-Gesellschaft erreichen wollen.

Um die Erstellung von günstigem Wohnraum nicht nur über staatliche Wohnbauförderung zu bezahlen, schlagen die Grünliberalen schliesslich vor, dass die Ausnützung in Wohnzonen um 20% erhöht wird unter der Bedingung, dass dadurch günstiger Wohnraum entsteht.

In Bezug auf die bereits geforderten Hochhauszonen aber auch bei den weiteren Verdichtungsmassnahmen, die den Eigentümern erhebliche Wertsteigerungen bringen, fordert die glp zudem die Einführung einer gerechten Mehrwertabgabe. Die Planungsmehrwerte sollen an die Gemeinde zurückgeführt werden, welche sie ihrerseits beispielsweise für ökologische Massnahmen verwenden kann.

Die glp will aber die Raumknappheit nicht bloss durch Verdichtung lösen, sondern weist auf die Suffizienz-Bemühungen jedes einzelnen hin. In diesem Sinne bittet sie den Stadtrat zu prüfen, wie Anreize dahingehend geschaffen werden können, dass der individuelle Flächenverbrauch gesenkt werden kann.

## G e s c h ä f t e

### 2925. 2012/266

#### **Weisung vom 27.06.2012: Theaterförderung, Rahmenkredit**

Zuweisung an die SK PRD/SSD gemäss Beschluss des Büros vom 9. Juli 2012

### 2926. 2012/265

#### **Motion von Mauro Tuena (SVP) und Roland Scheck (SVP) vom 25.06.2012: Liegenschaft an der Limmattalstrasse 123, Auflösung des Schenkungsversprechens**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, die Motion entgegenzunehmen.

Namens der SP-Fraktion stellt Min Li Marti (SP) den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

### 2927. 2012/269

#### **Postulat von Roger Bartholdi (SVP) und Margrit Haller (SVP) vom 27.06.2012: Strichplatz Altstetten, Verhinderung der Prostitution in den umliegenden Quartieren**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Polizeidepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Es wird weder ein Ablehnungs- noch ein Textänderungsantrag gestellt.

Damit ist das Postulat dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

**2928. 2012/37****Weisung vom 01.02.2012:****Dringliche Motion von Jacqueline Badran (SP) und Dr. André Odermatt (SP) betreffend Anpassung von Baurechtsverträgen mit gemeinnützigen Baurechtsträgern, Änderung eines Gemeinderatsbeschlusses, Abschreibung der Motion**

## Redaktionslesung

Die Redaktionskommission (RedK) beantragt einstimmig Zustimmung zur redaktionellen Bereinigung des Gemeinderatsbeschlusses Nr. 2855 vom 20. Juni 2012:

Zustimmung: Präsident Mark Richli (SP), Referent; Ruth Anhorn (SVP), Christina Hug (Grüne), Simon Kälin (Grüne), Karin Weyermann (CVP)  
 Abwesend: Irene Bernhard (GLP), Min Li Marti (SP)

Der Präsident der Redaktionskommission begründet die Anträge der Redaktionskommission.

Es werden keine Anträge aus dem Rat gestellt.

Der Rat stimmt dem bereinigten Antrag der RedK stillschweigend zu.

## Schlussabstimmung zu den Dispositivziffern 1–3

Die Mehrheit der SK FD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK FD beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Dr. Davy Graf (SP), Referent; Patrick Hadi Huber (SP) i.V. von Dr. Esther Straub (SP), Daniel Meier (CVP), Andrea Nüssli-Danuser (SP) i.V. von Präsidentin Dorothea Frei (SP), Marcel Savarioud (SP) i.V. von Salvatore Di Concilio (SP), Niklaus Scherr (AL), Kathy Steiner (Grüne), Florian Utz (SP) i.V. von Marlène Butz (SP)  
 Minderheit: Vizepräsident Severin Pflüger (FDP), Referent; Urs Fehr (SVP), Cäcilia Hänni-Etter (FDP), Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP)  
 Enthaltung: Matthias Wiesmann (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 69 gegen 39 Stimmen zu.

Damit ist beschlossen:

1. Ziff. II der Grundsätze betreffend die Unterstützung des gemeinnützigen Wohnungsbaues vom 9. Juli 1924 (AS 841.110) wird wie folgt geändert bzw. ergänzt:

[Abs. 1:]

Der Verkauf von Baugelände erfolgt unter Sicherung des Rückkaufsrechts für den Fall der Wiederveräußerung oder einer vertragswidrigen Verwendung zu einem Preis, der den Bau von Wohnungen mit günstigen, dem jeweiligen Bestimmungszweck angemessenen Mietzinsen ermöglicht.

[Abs. 2: unverändert]

[Abs. 3 (neu):]

Bei Beendigung eines Baurechts bleibt das Grundstück ohne Berücksichtigung der Landpreisteuerung weiterhin dem gemeinnützigen Wohnen gewidmet. Vorbehalten bleiben Fälle, in denen das Grundstück für ein anderes öffentliches Interesse benötigt wird.

2. Der Stadtrat setzt diese Änderungen in Kraft.

3. Unter Ausschluss des Referendums:

Die Motion von Jacqueline Badran (SP) und Dr. André Odermatt (SP) vom 8. Juli 2009, GR Nr. 2009/327, betreffend Anpassung von Baurechtsverträgen mit gemeinnützigen Baurechtsträgern, wird als erledigt abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 18. Juli 2012 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 17. August 2012)

#### 2929. 2012/206

##### **Weisung vom 23.05.2012: Zusatzkredite I. Serie 2012**

Eintretensdebatte:

Namens der RPK stellt der Präsident Roger Liebi (SVP) den Bericht der RPK und die Weisung zu den Zusatzkrediten I. Serie 2012 vor.

Fraktionserklärung: siehe Protokoll Nr. 2930

An der nachfolgenden Fraktionserklärung werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

#### 2930. 2012/291

##### **Erklärung der SVP-Fraktion vom 11.07.2012: Zusatzkredite I. Serie 2012**

Namens der SVP-Fraktion verliest Mauro Tuena (SVP) folgende Fraktionserklärung:

Zusatzkredite 1. Serie: Der Krug geht zum Brunnen bis er bricht

Am 21. Dezember 2011 brachte es die Mehrheit des Gemeinderates fertig, das Budget 2012 um rund 6 Millionen Franken zu verschlechtern. Schliesslich hatte der Stadtrat ja einen Überschuss von 6.7 Millionen Franken geplant. Das weckte sofort zusätzliche Ansprüche der Etatisten aus allen Parteien.

Die NZZ von gestern beschreibt gut, was diesem Treiben offenbar Vorschub leistet. Die traditionell denkenden, eigenverantwortlichen Leute werden immer mehr aus der Stadt getrieben und durch Zitat „Bildungsschichten und Begüterte mit idealistischem Weltbild“ ersetzt. „Diese Mischung neigt bei aller Verschiedenheit zu etatistischen Ansprüchen.“

Wenn man „idealistisch“ durch „Niemandem verpflichtet“ und „etatistisch“ mit „der Staat zahlt alle meine Wünsche“ übersetzt, dann bemerkt man das explosive Gemisch dieser neuen, insbesondere durch Linksgrüne- und Möchtegerntrend-Parteien geförderten Politik. Solche Politik kann sich nur im Zustand allgemeiner Hochkonjunktur entwickeln und muss gerade in Zürich zwangsläufig dann zum Scheitern führen, wenn der Verdauungstrakt der Finanzbranche nicht mehr Goldtaler, sondern allenfalls warme Luft in die Stadtkasse spült und auf der anderen Seite der Ausbau der netto wertschöpfungsfreien Staatswirtschaft seinen stetigen Lauf nimmt.

Genauso verhält es sich mit den Zusatzkrediten I. Serie 2012. Das seinerzeit frenetisch gefeierte ausgeglichene Budget 2012 wird schon 6 Monate später handstreichartig in ein defizitäres mit einem Minus von

29 Millionen Franken verwandelt. Und geht es nach der Mehrheit des Parlamentes, so sollen sogar noch 3.9 Millionen Franken oben drauf gesetzt werden.

Die Zusatzkreditanträge zeichnen sich durch eine Reihe unnötiger Ausgaben aus, die nur dann gestellt werden können, wenn eben Geld keine Rolle spielt und wenn von den anderen bezahlt wird.

Ganz besonders sticht das weitere, immense Ausgabenwachstum von über 11 Millionen Franken bei den Betreuungsplätzen heraus. Es scheint, dass diese Entwicklung nicht einmal mehr beim Stadtrat sorgenfrei verfolgt wird. So rechnet das Schulamt gemäss einiger seiner Vertreter mit Totalinvestitionen von 230 Millionen Franken und jährlich wiederkehrenden Nettoausgaben von rund 100 Millionen Franken. Dies bei einem Deckungsgrad von gerade einmal 23%! Geradezu ein Paradebeispiel für die Klientelpolitik zu Gunsten der Bildungsschichten und Begüterten mit idealistischem Weltbild. Hier ist ein radikales Umdenken notwendig, die Reissleine zu ziehen und die Subventionspraxis subito zu ändern. Anderenfalls bricht der Krug schon bald bevor er den Brunnen erreicht!

Überhaupt kein Verständnis hat die SVP für etliche Kreditübertragungen (genauer ersichtlich unter den Ablehnungsanträgen 26, 27, 28 und 29). Sie widersprechen aus unserer Sicht klar dem Finanzhaushaltungsgesetz des Kantons und der Finanzverordnung der Stadt Zürich, Art. 5, Abs. 2, wonach für eine Kreditübertragung ein innerer Zusammenhang Voraussetzung und zwingend ist!

Bei der Kreditübertragung zu Gunsten der AOZ gibt der Stadtrat sogar schriftlich zu, dass diese Übertragung keinen inneren Zusammenhang hat!

Um das Geld trotzdem ausgeben zu können springt heute offenbar eine Mehrheit des Gemeinderates in die Bresche und macht, von sich aus, aus einer Kreditübertragung einen ordentlichen Zusatzkredit. Dies führt, wie eingangs erwähnt, zu einer Verschlechterung des Budgets um 3.9 Millionen Franken zu Gunsten vorläufig aufgenommener Asylbewerber, die mehr als 10 Jahre im Lande sind, also solche, die sich trotz negativem Asylbescheid weigerten, die Schweiz zu verlassen.

In seiner Zuschrift mit dem Titel „Kompetenzen des Gemeinderates im Zusammenhang mit Zusatzkrediten und Kreditübertragungen“ vom 4. Juli 2012 erachtet der Rechtskonsulent des Gemeinderates das Stellen von Zusatzkrediten als unzulässig. Unter Punkt 17 heisst es darüber hinaus: „Meines Erachtens bestehen darüber hinaus aber grundsätzliche Bedenken, dass der Gemeinderat im laufenden Rechnungsjahr Änderungen am Budget vornimmt.“

Aus diesen Gründen behält sich die SVP vor, die Rechtmässigkeit der entsprechenden Entscheidungen beim Bezirksrat anzufechten.

## 2929. 2012/206

### Weisung vom 23.05.2012: Zusatzkredite I. Serie 2012

#### Antrag des Stadtrats

A. Für das Jahr 2012 werden gemäss der vorstehenden detaillierten Zusammenstellung zusammenfassend folgende Zusatzkredite I. Serie bewilligt:

1. Zusatzkredite		Laufende Rechnung Fr.	Investitions- rechnung Fr.	Zusammen Fr.
10	Behörden und Gesamtverwaltung	199 000	–	199 000
15	Präsidialdepartement	265 000	150 000	415 000
20	Finanzdepartement	3 240 300	–	3 240 300
25	Polizeidepartement	588 000	960 000	1 548 000
30	Gesundheits- und Umweltdepartement	737 800	–	737 800
35	Tiefbau- und Entsorgungsdepartement	1 028 800	–	1 028 800
40	Hochbaudepartement	723 000	–	723 000
45	Departement der Industriellen Betriebe	–	–	–
50	Schul- und Sportdepartement	21 762 900	–	21 762 900
55	Sozialdepartement	896 400	–	896 400
<b>Total Verwaltungsrechnung</b>		<b>29 441 200</b>	<b>1 110 000</b>	<b>30 551 200</b>

<b>2. Kreditübertragungen</b>		Laufende Rechnung Fr.	Investitions- rechnung Fr.	Zusammen Fr.
10	Behörden und Gesamtverwaltung	50 000	–	50 000
		–0	–0	–0
15	Präsidialdepartement	160 000	–	160 000
		–810 000	–0	–810 000
20	Finanzdepartement	790 600	–	790 600
		–166 000	–0	–166 000
25	Polizeidepartement	455 000	–	455 000
		–455 000	–0	–455 000
30	Gesundheits- und Umweltdepartement	35 400	–	35 400
		–0	–0	–0
35	Tiefbau- und Entsorgungsdepartement	–	350 000	350 000
		–50 000	–350 000	–400 000
40	Hochbaudepartement	–	–	–
		–0	–0	–0
45	Departement der Industriellen Betriebe	–	–	–
		–0	–0	–0
50	Schul- und Sportdepartement	1 384 500	–	1 384 500
		–1 384 500	–0	–1 384 500
55	Sozialdepartement	4 242 300	–	4 242 300
		–4 252 300	–0	–4 252 300
<b>Total Verwaltungsrechnung</b>		<b>7 117 800</b>	<b>350 000</b>	<b>7 467 800</b>
		<b>–7 117 800</b>	<b>–350 000</b>	<b>–7 467 800</b>

B. Es wird davon Kenntnis genommen, dass

	Fr.	Fr.	Fr.
<b>a) in der Laufenden Rechnung</b>			
– den Zusatzkrediten von	29 441 200		
– den Kreditübertragungen von	7 117 800	<b>36 559 000</b>	
auf anderen Konten gegenüberstehen:			
– verursachte Minderaufwendungen			
aus den Kreditübertragungen von	7 117 800		
– durch Minderaufwendungen/Mehrerträge aus			
den Zusatzkrediten von	3 035 500	<b>10 153 300</b>	
sodass sich Netto-Mehraufwendungen			
ergeben von			<b>26 405 700</b>
<b>b) in der Investitionsrechnung</b>			
– den Zusatzkrediten von	1 110 000		
– den Kreditübertragungen von	350 000	<b>1 460 000</b>	
auf anderen Konten gegenüberstehen:			
– verursachte Minderausgaben aus den			
Kreditübertragungen von	350 000		
– durch Minderausgaben/Mehreinnahmen aus			
den Zusatzkrediten von	–	<b>350 000</b>	
sodass sich Netto-Mehrausgaben ergeben von			<b>1 110 000</b>
und somit die gesamtstädtische Rechnung insgesamt			
belastet wird mit netto			<b>27 515 700</b>

Fraktionserklärung: siehe Protokoll Nr. 2930

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Eintreten ist unbestritten.

Die RPK beantragt, die Zusatzkredite I. Serie 2012 des Stadtrats unter Berücksichtigung der folgenden Änderungen (Anträge der RPK zu Dispositiv A) zu genehmigen:

### 1.1 Dringliche Zusatzkredite

Es wurden keine dringlichen Zusatzkredite beantragt.

### 1.2 Dringliche Kreditübertragungen

Es wurden keine dringlichen Kreditübertragungen beantragt.

### 2.1 Ordentliche Zusatzkredite

S. 3	<b>15 1501 550011</b>	<b>Präsidialdepartement Kultur Beteiligung an Aktienkapitalerhöhung der Opernhaus Zürich AG</b>		
<b>1)</b>	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	150 000	Mehrheit	Samuel Dubno (GLP), Referent; Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Präsident Roger Liebi (SVP), Referent; Dr. Daniel Regli (SVP)
	Verbesserung	150 000		
	Begründung	Die bisherige Beteiligung der Stadt Zürich reicht vollkommen aus. Oper ist kantonale Angelegenheit		

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 93 gegen 25 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

S. 3	<b>15 1505 3107 0000</b>	<b>Präsidialdepartement Stadtentwicklung Temporäre Aktionen in Öffentlichkeitsarbeit</b>		
<b>2)</b>	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	65 000	Mehrheit	Walter Angst (AL), Referent; Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Dr. Daniel Regli (SVP), Referent; Präsident Roger Liebi (SVP), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Urs Schmid (FDP)
	Verbesserung	65 000		
	Begründung	Keine Dringlichkeit, kann auch 2013 nachgeholt und ordentlich budgetiert werden		

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 63 gegen 57 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.



S. 4	<b>20 2050 3170 0000</b>	<b>Finanzdepartement Human Resources Management Reise- und Spesenentschädigungen des Personals</b>		
<b>3)</b>	<b>Anträge der RPK</b>			
	Antrag Stadtrat	40 000	Minderheit	Walter Angst (AL), Referent; Samuel Dubno (GLP), Karin Rykart Sutter (Grüne)
	Neu	0	Mehrheit	Präsident Roger Liebi (SVP), Referent; Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
	Verbesserung	40 000		
	Begründung	Es gibt genügend Sitzungsräumlichkeiten etc., um eine HR Strategie ohne Zusatzkosten auszuarbeiten		

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 21 Stimmen zu.

S. 4	<b>20 2050 3181 0000</b>	<b>Finanzdepartement Human Resources Management Post- und Telekommunikationsgebühren</b>		
<b>4)</b>	<b>Anträge der RPK</b>			
	Antrag Stadtrat	90 000	Minderheit	Walter Angst (AL), Referent
	Neu	0	Mehrheit	Dr. Daniel Regli (SVP), Referent; Präsident Roger Liebi (SVP), Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
			Enthaltung	Karin Rykart Sutter (Grüne)
	Verbesserung	90 000		
	Begründung	Wenn nicht per Email-Versand möglich, dann können die Fragebogen mit dem üblichen Lohnausweis versandt werden, unnötige Zusatzkosten		

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 19 Stimmen zu.

S. 5	<b>20 2050 3189 0000</b>	<b>Finanzdepartement Human Resources Management Entschädigungen für IT-Leistungen Dritter</b>		
<b>5)</b>	<b>Anträge der RPK</b>			
	Antrag Stadtrat	70 000	Minderheit	Walter Angst (AL), Referent; Karin Rykart Sutter (Grüne), Dr. Urs Egger (FDP), Urs Schmid (FDP)
	Neu	0	Mehrheit	Präsident Roger Liebi (SVP), Referent; Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Dr. Daniel Regli (SVP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
	Verbesserung	70 000		
	Begründung	Keine Dringlichkeit, kann auch 2013 implementiert werden		

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 77 gegen 42 Stimmen zu.

S. 5	<b>20</b> <b>2080</b> <b>3189 0000</b>	<b>Finanzdepartement</b> <b>Organisation und Informatik</b> <b>Entschädigungen für IT-Leistungen Dritter</b>		
<b>6)</b>	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	2 900 000	Mehrheit	Walter Angst (AL), Referent; Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Dr. Daniel Regli (SVP), Referent; Präsident Roger Liebi (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Urs Schmid (FDP)
			Enthaltung	Samuel Dubno (GLP)
	Verbesserung	2 900 000		
	Begründung	Ordentlich budgetieren, kann auch 2013 umgesetzt werden		

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 93 gegen 25 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

S. 5	<b>25</b> <b>2520</b> <b>3189 0000</b>	<b>Polizeidepartement</b> <b>Stadtpolizei</b> <b>Entschädigungen für IT-Leistungen Dritter</b>		
<b>7)</b>	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	200 000	Mehrheit	Urs Schmid (FDP), Referent; Präsident Roger Liebi (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP), Karin Rykart Sutter (Grüne)
	Neu	100 000	Minderheit	Walter Angst (AL), Referent; Samuel Dubno (GLP)
			Enthaltung	Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
	Verbesserung	100 000		
	Begründung	Verzicht auf Einrichtung einer Schnittstelle zwischen Polis und SuissePol-Index (schweizweite Freigabe von Zürcher Polis-Daten)		

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Polizeidepartements Stellung.

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 59 gegen 23 Stimmen zu, womit das Quorum (55 Ja-Stimmen = 2/3 der abgegebenen Stimmen) erreicht ist.

S. 6	<b>25 2555 501210</b>	<b>Polizeidepartement Dienstabteilung Verkehr Bau von Verkehrseinrichtungen: Sammelkonto</b>		
<b>8)</b>	<b>Anträge der RPK</b>			
	Antrag Stadtrat	960 000	Mehrheit	Florian Utz (SP), Referent; Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP)
	Neu	300 000	Minderheit	Präsident Roger Liebi (SVP), Referent; Dr. Urs Egger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP)
	Verbesserung	660 000		
	Begründung	Verzicht auf Velorouten, Fussgängerinseln und Lichtsignalanlagen		

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 77 gegen 42 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

S. 7	<b>30 3010 3010 0000 3030 0000 3040 0000</b>	<b>Gesundheits- und Umweltsdepartement Städtische Gesundheitsdienste Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals Sozialversicherungsbeiträge Personalversicherungsbeiträge</b>		
<b>9)</b>	<b>Anträge der RPK</b>			
	Antrag Stadtrat	84 800 5 900 9 300	Mehrheit	Karin Rykart Sutter (Grüne), Referentin; Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Präsident Roger Liebi (SVP), Referent; Dr. Urs Egger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP)
	Verbesserung	100 000		
	Begründung	Gemeinden im Kanton bewältigen das günstiger, hoher stadtzürcher Personalbestand muss ausreichen		

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 40 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

S. 7	<b>30 3026 3186 0000</b>	<b>Gesundheits- und Umweltsdepartement Altersheime der Stadt Zürich Entschädigungen für DL Dritter im Zusammenhang mit Projektbegleitung, -beratung und Organisationsentwicklung</b>		
<b>10)</b>	<b>Anträge der RPK</b>			
	Antrag Stadtrat	100 000	Minderheit	Karin Rykart Sutter (Grüne), Referentin
	Neu	0	Mehrheit	Dr. Urs Egger (FDP), Referent; Präsident Roger Liebi (SVP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP)
			Enthaltung	Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)

	Verbesserung	100 000		
	Begründung	Keine externe Beratung nötig		

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 69 gegen 50 Stimmen zu.

Die Debatte wird unterbrochen (Fortsetzung siehe Sitzung Nr. 134, Beschluss-Nr. 2929/2012).

## E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

### 2931. 2012/292

#### **Motion von Marianne Dubs Früh (SP) und Michel Urben (SP) vom 11.07.2012: Erstellung einer durchgehenden Busspur in beiden Fahrrichtungen auf der Wehntalerstrasse ab Haltestelle Neu Affoltern bis zur Endstation Holzerhurd**

Von Marianne Dubs Früh (SP) und Michel Urben (SP) ist am 11. Juli 2012 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Weisung zu unterbreiten, welche die Erstellung einer durchgehenden Busspur auf der Wehntalerstrasse ab Haltestelle Neu Affoltern bis zur Endstation Holzerhurd in beiden Fahrrichtungen beinhaltet.

Begründung:

Aus den Antworten zu den schriftlichen Anfragen 2011/82 vom 15. Juni 2011 und 2012/84 vom 7. Juni 2012 sowie der Motion 2011/495 geht hervor, dass die Busspur nur zulasten des MiV realisiert werden kann bzw. flankierende Massnahmen nötig sind. Tatsache ist, dass der MiV auf der Wehntalerstrasse seit der Eröffnung Westumfahrung bis 28% zugenommen hat. Die Bevölkerung von Affoltern und speziell die Anwohnerinnen und Anwohner der Wehntalerstrasse leiden darunter. Deshalb ist der Abbau des MiVs, der im Zusammenspiel mit der neuen Busspur erreicht wird, begrüssenswert.

Andernorts war die Realisierung einer Busspur trotz anfänglicher Skepsis auch möglich und ist heute auf diesen Strassenabschnitten von allen Verkehrsteilnehmern akzeptiert. Dies war zum Beispiel zwischen Bucheggplatz und Hardplatz, an der Langstrasse und an der Hagenholzstrasse, sowie auf diversen anderen Strecken der Fall. Diese Massnahme garantiert ein zügiges und pünktliches Vorankommen der Busse.

Mitteilung an den Stadtrat

### 2932. 2012/293

#### **Motion der GLP-Fraktion vom 11.07.2012: Ausnützungsbonus von 20 % in allen Zonen, in denen Wohnen erlaubt ist**

Von der GLP-Fraktion ist am 11. Juli 2012 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt, eine Weisung vorzulegen, anhand welcher in allen Zonen, in denen Wohnen erlaubt ist, eine Mehrausnutzung von 20% gewährt werden kann. Dieser Bonus soll gewährt werden, wenn 25% der Gesamtnutzung (entsprechend den gewährten 20% Mehrnutzung und einem Eigentümeranteil von 10% an der ursprünglichen Nutzung) die Kriterien des gemeinnützigen Wohnungsbaus des Bundes erfüllt, und wenn diese Nutzung auf Dauer durch eine öffentlich-rechtliche Eigentumsbeschränkung gesichert ist.

Begründung:

Bei der heutigen Arealüberbauung wird ein Ausnützungsbonus von 10% erlaubt. Dieser Bonus ist lediglich an eine, mitunter schwer zu überprüfende, höhere Ästhetik und an eine minimale Grundstücksfläche von 6'000 m<sup>2</sup> gebunden. Diese Formulierung benachteiligt die Eigentümer von kleineren Grundstücken und liefert auch deshalb praktisch keinen Beitrag zur Verdichtung, weil die über 6'000 m<sup>2</sup> messenden Grundstücke in Zürich lediglich ca. 10 % ausmachen.

Mit dem Ausnützungsbonus von 20% für alle soll eine gerechte und effektive Verdichtung angestrebt werden.

Durch die Verknüpfung des Bonus, kombiniert mit einem entsprechenden Beitrag des Eigentümers, mit der Auflage die Mehrnutzung für den gemeinnützigen Wohnungsbau zu verwenden, wird es möglich sein, die vom Stimmvolk verlangte Zahl von mehr preisgünstigen Wohnungen zu erfüllen.

Mitteilung an den Stadtrat

### 2933. 2012/294

**Motion der GLP-Fraktion vom 11.07.2012:**

**BZO, Erhöhung der Ausnützungsziffer um 5 % bei energetischen Sonderleistungen**

Von der GLP-Fraktion ist am 11. Juli 2012 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert, eine Weisung zur Anpassung der BZO vorzulegen, welche es ermöglicht, in geeigneten Gebieten aufgrund energetischer Sonderleistungen die Ausnützungsziffer um 5 Prozentpunkte zu erhöhen, wenn Plusenergiebauten erstellt werden.

Sollte für die Umsetzung auf kommunaler Ebene eine Anpassung des PBG erforderlich sein, wird der Stadtrat aufgefordert, entsprechend beim Regierungsrat vorstellig zu werden.

Begründung:

Die Zürcher Bevölkerung hat am 30. November 2008 der 2000 Watt-Gesellschaft zugestimmt. Das sehr ambitionierte Ziel führt u.a. dazu, dass Gebäude viel besser isoliert werden müssen. Das Prinzip der energieeffizienten Bauweise ist zwar bekannt, der geringe Anteil an Plusenergiebauten zeigt jedoch, dass wir noch weit vom Ziel entfernt sind.

Mit einer zusätzlichen Erhöhung der Ausnützung soll ein wirksamer Anreiz geschaffen werden, neue Gebäude – erheblich über die gesetzlichen Anforderungen hinaus, und im öffentlichen Interesse – als Plusenergie-Häuser zu erstellen.

Der vorgeschlagene Bonus führt zu einem ökonomischen Anreiz, der nicht durch staatliche Fördergelder finanziert werden muss. Gleichzeitig wird damit eine grössere Anzahl von Bauherren für die Belange des Klimaschutzes sensibilisiert.

Mitteilung an den Stadtrat

### 2934. 2012/295

**Motion der GLP-Fraktion vom 11.07.2012:**

**BZO, Überführung der 2-geschossigen Wohnzonen in 3-geschossige Wohnzonen**

Von der GLP-Fraktion ist am 11. Juli 2012 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert, eine Weisung zur Anpassung der BZO vorzulegen, welche die Aufhebung der 2-geschossigen Wohnzonen und deren Überführung in 3-geschossige Wohnzonen beinhaltet.

Begründung:

Die Nachverdichtung der Stadt Zürich soll gerade auch an den lagemässig privilegierten Standorten erfolgen. Ein adäquater Schutz in städtebaulicher Hinsicht kann auch neu in einer W3 mit entsprechend angepassten, bislang in der W2 geltenden Instrumenten (Gebäudelängebeschränkungen, Grenzabstandsregelungen etc.) gewährleistet werden.

Der Prozess der Verdichtung soll auch an und von den Rändern der Bauzone her seine Fortsetzung finden.

Zudem kann damit auch der stetigen Nachfragesteigerung nach hohem Wohnlagen-Komfort begegnet werden. Damit wird der zunehmende Druck auf die übrigen Wohnzonen verringert und allenfalls auch Preissteigerungen sowie der damit verbundenen Verdrängung der „Alteingesessenen“ begegnet werden. Mit einer Vermehrung von potentiellern Wohnraum kann im Kontext übriger Verdichtungsmaßnahmen eine langfristige Verdichtungsstrategie eingeläutet werden.

Mitteilung an den Stadtrat

**2935. 2012/296**

**Postulat der GLP-Fraktion vom 11.07.2012:**

**Rasche Umsetzung des geplanten Mehrwertausgleichs im Kanton und in der Stadt Zürich**

Von der GLP-Fraktion ist am 11. Juli 2012 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert, beim Kanton dahingehend vorstellig zu werden, dass der vom Bund geplante Mehrwertausgleich so rasch als möglich nach Inkrafttreten im Kanton eingeführt wird und die Planungsgewinne entsprechend in der Stadt Zürich so rasch als möglich abgeschöpft werden können.

Begründung:

Die Stadt Zürich muss längerfristig zwingend gegen innen verdichtet werden, um der weiteren Zersiedelung der Schweiz entgegenzutreten zu können. Um diese innere Verdichtung erreichen zu können, muss die zulässige Geschosshöhe auf den Grundstücken in der Stadt Zürich erhöht werden. Dank dieser Ausnutzungssteigerung erwachsen den Eigentümern der Grundstücke zum Teil massive Planungsgewinne.

Diese Wertsteigerung basiert aber nicht auf der Leistung des Einzelnen sondern auf einer Entscheidung der Bevölkerung. Der dadurch erzielte Gewinn sollte deshalb zu einem Teil wieder an die Bevölkerung zurückfliessen. Es macht auch ökonomisch keinen Sinn, dass Planungsminderwerte von der öffentlichen Hand entschädigt werden, während Planungsmehrwerte privatisiert werden.

Planungsmehrwerte sollen daher bei Baubeginn zur Hälfte an die Gemeinde zurückgeführt werden. Diese Mittel können beispielsweise für die Anpassung der Infrastrukturen, zur Sicherung von Grünflächen, von preisgünstigem Wohnungsbau, und ökologischen Massnahmen verwendet werden.

Mitteilung an den Stadtrat

**2936. 2012/297**

**Postulat der GLP-Fraktion vom 11.07.2012:**

**BZO, Anrechnung der Erdgeschoss-Bruttogeschossfläche nur zu 50 % an die Ausnutzung, sofern im Erdgeschoss quartierbezogene gewerbliche Nutzungen erstellt werden**

Von der GLP-Fraktion ist am 11. Juli 2012 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Bau- und Zonenordnung dahingehend angepasst werden kann, dass in geeigneten Zonen in der ersten Bautiefe die Erdgeschoss-Bruttogeschossfläche nur zu 50% an die Ausnutzung angerechnet wird, sofern im Erdgeschoss quartierbezogene gewerbliche Nutzungen erstellt werden.

Begründung:

In der Diskussion um den steigenden Wohnraumbedarf darf die Bedeutung einer längerfristig ausgerichteten Quartiersversorgungsplanung nicht hinten angestellt werden. Eine nachhaltige Stadtentwicklung muss auch um eine gute Durchmischung der Daseinsgrundfunktionen (Wohnen, Arbeiten, Versorgung) bemüht sein. Dabei ist für eine gezielte Belebung der Quartiere der Erdgeschossnutzung besondere Beachtung zu schenken.

Ein Ausnutzungsbonus für quartierbezogene, gewerbliche Nutzungen hilft das Angebot für die Quartiersversorgung der Bevölkerung zu stärken. Gleichzeitig wird ein Anreiz geschaffen, Wohnen, Arbeiten und Konsum wieder näher miteinander zu verbinden, die Mobilität zu reduzieren und der voranschreitenden Zersiedelung entgegen zu wirken.

Mitteilung an den Stadtrat

**2937. 2012/298****Postulat der GLP-Fraktion vom 11.07.2012:  
Schaffung von Anreizen für eine suffiziente Wohn- und Büroplatz-Nutzung**

Von der GLP-Fraktion ist am 11. Juli 2012 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Stadt Anreize dahingehend schaffen kann, damit eine suffiziente Wohn- und Büroplatz-Nutzung gefördert wird.

Begründung:

Zur Zeit bestehen bereits zahlreiche Massnahmen zur Erreichung der 2000-Watt-Gesellschaft. Diese sind vor allem in den Bereichen der Energie-Effizienz sowie der erneuerbaren Energien zu finden. Ein weiterer wichtiger Ansatz, um langfristig nachhaltig die Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft zu erreichen, ist die Suffizienz. Suffizienz ist das Bemühen um einen möglichst geringen Ressourcen- und Energieverbrauch. Ein wichtiger Aspekt der Suffizienz ist die Flächen-Effizienz: Es sollen Anreize geschaffen werden, damit für Wohnen und Arbeiten nicht unnötig Fläche verbraucht wird.

Der Bedarf an Wohnfläche pro Person (Durchschnitt Stadt Zürich; > 41 m<sup>2</sup>/Person) und die Fläche pro Arbeitsplatz sind in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Die Einheit des Flächenbedarfs pro Person ist jedoch relevant für die Energiebilanz pro Person und somit auch für die Energiebilanz der gesamten Stadt.

Mit der Schaffung von Anreizen zur Reduktion des Flächenverbrauchs auf die notwendige Grösse sollen langfristig folgende Ziele erreicht werden:

1. Reduktion der durchschnittlichen Wohnfläche pro Person
2. Reduktion der durchschnittlichen Bürofläche pro Person
3. Stärkere Förderung des verdichteten Bauens mit kleineren und bezahlbareren Wohn- und Büroeinheiten
4. Raschere und nachhaltigere Erreichung der 2000-Watt-Gesellschaft

Mehrstöckige Wohn- und Büroeinheiten sind aufgrund des geringeren Grundstück Flächenbedarfs zu bevorzugen.

Mitteilung an den Stadtrat

**2938. 2012/299****Postulat von Marcel Schönbächler (CVP) und Markus Hungerbühler (CVP) vom 11.07.2012:  
Einbindung des Uetlibergs in die Tarifzone 10 sowie Beteiligung von Dritten an den Mindereinnahmen**

Von Marcel Schönbächler (CVP) und Markus Hungerbühler (CVP) ist am 11. Juli 2012 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, sich beim Zürcher-Verkehrsverbund ZVV dafür einzusetzen, dass die SZU-Fahrt mit der Linie S10 auf den Stadtzürcher Hausberg, den Uetliberg, mit dem Billett der Zone 10 möglich ist und wie Dritte, wie z.B. Zürich Tourismus, Hotels/Restaurants auf dem Uetliberg, an allfällige Mindereinnahmen, finanziell beteiligt werden können.

Begründung:

Zur Geschichte des Anliegens: Bereits vor über einem Jahrzehnt überwies der Gemeinderat ein Postulat von Kurt Tschopp (CVP), mit welchem der Stadtrat gebeten wurde, sich beim Zürcher-Verkehrsverbund ZVV dafür einzusetzen, dass die SZU-Fahrt auf den Stadtzürcher «Hausberg» mit dem Billett der Tarifzone 10 möglich ist (vgl. GR-Nr. 1998/290; Integration der SZU-Fahrt auf den Uetliberg in die Tarifzone 10). In der Folge setzte der Stadtrat das Begehren des Gemeinderats – insbesondere wegen finanziellen Gründen – nicht um (siehe hierzu auch das Protokoll des Stadtrats von Zürich vom 11. Juli 2001 betreffend die Schriftliche Anfrage von Thomas Marthaler, SP [GR-Nr. 2001/204]).

Bereits bei der damaligen Einreichung des zuvor genannten Postulats wurde unter anderem beanstandet, dass es für die Stadtbevölkerung sehr ärgerlich sei, wenn für die Fahrt auf den Uetliberg ein Zusatzbillett gelöst werden müsse. Zudem wurde ausgeführt, dass es sich beim Uetliberg um den Hausberg der Bewoh-

ner/innen der Stadt Zürich handle, welcher von diesen auch als Ausflugs- und Naherholungsgebiet – während dem ganzen Jahr – rege genutzt werde. Nicht zuletzt dient er auch den Reisenden und Touristen als ideales Ausflugsziel, was letztlich dem Tourismus in und um Zürich zu Gute kommt.

Diese vorab ins Feld geführten Begründungspunkte zum damaligen Postulat sind auch heute noch gültig und aktuell, weshalb ein vorhandenes und legitimes Bedürfnis der Stadtbevölkerung betreffend die Einzonung der Linie S10 in die Tarifzone 10 auf den Uetliberg vorhanden ist. Anlässlich einer erneuten Schriftlichen Anfrage vom heutigen Postulanten (vgl. GR-Nr. 2010/450) wurde dieses ausgewiesene Bedürfnis nach der Einzonung der Linie S10 in die Tarifzone 10 seitens des Stadtrats nicht vollkommen negiert.

Das vom Stadtrat erneut und zu Recht vorgebrachte Kernargument gegen die Einzonung der S10 in die Tarifzone 10 besteht erneut in den entstehenden Einnahmehausfällen. Zuzufolge der Antwort zur Schriftlichen Anfrage (vgl. GR Nr. 2010/450) werden sie auf ca. CHF 2 bis 2.5. Mio. eingeschätzt. Dieser Einnahmehausfall könnte durch Zahlung Dritter, wie die im Postulatstext genannten, vollständig oder zumindest grösstenteils gedeckt werden. Dass der Einbezug Dritter zur Mitfinanzierung der Einnahmehausfälle ein gangbarer Weg ist, zeigt bereits die Lösung, die bei der Buslinie 94 getroffen wurde. Das Einkaufszentrum Glatt kann – obschon ausserhalb der Stadt- und Tarifgrenze gelegen – mit der innerstädtischen Buslinie 94 ab Oerlikon mit einem Fahrausweis der Tarifzone 10 erreicht werden. Für den Einnahmehausfall, welcher dadurch entsteht, zahlt das Einkaufszentrum dem ZVV jährlich einen sechsstelligen Betrag.

Es erscheint somit zumindest als prüfenswert, mit Dritten das Gespräch zu suchen, und sie um die Mitfinanzierung der Mindereinnahmen aufzufordern. Durch die Einzonung der Linie S10 in die Tarifzone 10 wäre es möglich, den Hausberg der Bewohner/Innen der Stadt Zürich noch ein wenig näher zu bringen.

Mitteilung an den Stadtrat

Die vier Motionen und die vier Postulate werden auf die Tagliste einer der nächsten Sitzungen gesetzt.

#### 2939. 2012/300

##### **Schriftliche Anfrage von Christoph Spiess (SD) vom 11.07.2012: Wasserschäden an der Birmensdorferstrasse bei starken Niederschlägen**

Von Christoph Spiess (SD) ist am 11. Juli 2012 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

In einem Restaurant an der Birmensdorferstrasse, wenig oberhalb der Kreuzung mit der Gut- bzw. Talwiesenstrasse, kommt es bei stärkeren Regenfällen öfters zu Wassereintrüben von der Strasse her ins Untergeschoss. Dem Vernehmen nach gibt es auch in benachbarten Liegenschaften immer wieder solche Vorfälle. Von der Topographie der Gegend her lässt sich dies nicht vernünftig erklären. Ich bitte den Stadtrat höflich um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Trifft es zu, dass es an der oberen Birmensdorferstrasse häufig zu solchen Wasserschäden kommt, und ist dies der Stadtverwaltung bekannt?
2. Wie viele Feuerwehreinsätze waren deswegen in den Jahren 2010, 2011 und in der ersten Jahreshälfte 2012 notwendig?
3. Welche Ursachen führen zu diesen Schadenereignissen? Ist die Kanalisation in der oberen Birmensdorferstrasse schadhaft oder ungenügend dimensioniert?
4. Wenn letzteres der Fall ist: Wann und wie findet eine Sanierung statt, so dass das Risiko von Wasserschäden auf das allgemein übliche Mass reduziert wird?

Mitteilung an den Stadtrat



## **K e n n t n i s n a h m e n**

**2940. 2012/228**

**Dringliche Schriftliche Anfrage der FDP-Fraktion und 23 Mitunterzeichnenden vom 30.05.2012:**

**Neugestaltung Sechseläutenplatz, Kommunikation bezüglich des geplanten Spurabbaus sowie weiteres Vorgehen bei einer Ablehnung der Vorlage**

Der Stadtrat beantwortet die Dringliche Schriftliche Anfrage (STRB 785 vom 27. Juni 2012).

**2941. 2012/156**

**Schriftliche Anfrage von Salvatore Di Concilio (SP), Katrin Wüthrich (SP) und 13 Mitunterzeichnenden vom 04.04.2012:**

**Arbeitsbedingungen für die Weibeldienste der Stadtkanzlei Zürich**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 798 vom 27. Juni 2012).

Nächste Sitzung: 11. Juli 2012, 20.30 Uhr.